



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Krueckemeyer: Strömungen innerhalb der Zentrumspartei

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Partikularismus.“ Und er hat geschlossen: „Eine künftige Allianz wird mit England nicht ein Deutschland verbinden, wie es gegenwärtig (1846) ist, sondern Deutschland, wie es sein sollte und wie es mit Hilfe Englands werden könnte.“

Marschall von Biberstein geht von Konstantinopel nach London. Wenn nicht alle Zeichen trügen, beginnt wieder eine listige Prophetie sich zu erfüllen.



Strömungen innerhalb der Zentrumsparlei

Von Dr. Kruekmeyer-Saarbrücken



Der ganze Streit innerhalb der Zentrumsparlei beruht im letzten Grunde auf der zueinander in Gegensatz gebrachten mehr oder minder einseitig schroff hervorgehobenen Betonung der Begriffe „politisch“ und „konfessionell“ (katholisch).

Das Zentrum will nach seinem Programm und den parteiantlichen Kundgebungen eine politische, nichtkonfessionelle Partei sein, die auf dem Boden der Verfassung steht. Daran ändert nichts, daß die Verhältnisse, unter denen seine Gründung sich vollzog, und die weitere Entwicklung es tatsächlich zur politischen Organisation der deutschen Katholiken gemacht haben, der sich nur wenige Nichtkatholiken angeschlossen haben. So hat das katholisch-religiöse Moment von Anfang an im Parteileben eine starke Betonung erfahren, was vielfach in anderen Parteikreisen zu der Auffassung führte, daß die Zentrumsparlei eine vom Papste abhängige, sogenannte „ultramontane“ Partei sei. Es ist nicht die Aufgabe der nachfolgenden Zeilen, gegen dies Vorurteil anzukämpfen, vielmehr soll dargelegt werden, wie man auf der einen Seite im Zentrum sich bemühte, den politischen, nichtkonfessionellen Charakter der Partei immer schärfer herauszuarbeiten, wie aber die Art und Weise, in der das mitunter geschah, in manchen katholischen Kreisen Bedenken auslöste, die dann zu einer stärkeren, selbst übermäßigen Betonung des katholisch-religiösen Moments im Parteileben führten.

Einen praktischen Ausdruck fand die stärkere Betonung des politischen Moments in der Stellung zu den sogenannten interkonfessionellen Organisationen, speziell zu den christlichen Gewerkschaften, sowie in der Umwandlung konfessioneller Organisationen in nichtkonfessionelle, wie der Windthorstbunde; ferner in dem Bestreben, die im Verbands katholischer Kaufleute organisierte Gehilfenschaft dem gewerkschaftlich organisierten interkonfessionellen Verbands deutscher Handlungsgehilfen zuzuführen, und in so manchem anderen. Das Schlagwort für alle diese auf eine engere Arbeitsgemeinschaft der Katholiken mit den Nichtkatholiken

gerichteten Bestrebungen prägte Julius Bachem mit der Überschrift seines bekannten Artikels in den Historisch-politischen Blättern (Heft 5, 1906): „Wir müssen aus dem Turm heraus“.

* * *

Die erste praktische Arbeitsgemeinschaft für Katholiken und Nichtkatholiken in größerem Maßstabe bildeten die christlichen Gewerkschaften. Ihre Gründung ging von katholischer Seite aus; schon dieser Umstand genügte, sie bei der nichtkatholischen Arbeiterschaft verdächtig zu machen, und es dauerte manches Jahr, bis dort das Mißtrauen gegen sie zu schwinden begann. Erst in den letzten Jahren sind ihnen in einzelnen Revieren auch Nichtkatholiken in größerer Zahl beigetreten. Dabei haben gerade die christlichen Gewerkschaften von Anfang an alles getan, um ihren Charakter als neutrale Organisation zu wahren. In diesem ängstlichen Bestreben, den Nichtkatholiken und den Nichtzentrumsanhängern keinen Anlaß zum Anstoß zu geben, sind einzelne Führer der christlichen Gewerkschaften mitunter sogar so weit gegangen, daß sie auf katholischer Seite und in Zentrumskreisen Anlaß zu Tadel geboten haben. Um von manchem anderen zu schweigen, genügt es hier wohl, an die Vorgänge auf dem Züricher Kongreß zu erinnern.

Die Gründung der christlichen Gewerkschaften sollte, wie betont, vor allem der Arbeitsgemeinschaft zwischen Katholiken und Nichtkatholiken auf sozialem Gebiete dienen und mit dazu beitragen, die in nichtkatholischen Kreisen gegen die Katholiken gehegten Vorurteile zu verschleichen. Sie sollte mit ihrer Ausschcheidung des spezifisch konfessionellen Moments in nichtkatholischen Kreisen werbend für die sozialen katholischen Anschauungen wirken und gleichzeitig das gemeinsame christliche Bewußtsein stärken. Das tat sie auch, aber zugleich wirkte sie zersplitternd in den eigenen katholischen Kreisen. Nach dem Fuldaer Pastoreale vom 22. August 1900, dem Begleitschreiben des Erzbischofs Dr. Körber von Freiburg vom 1. Oktober 1900, der Kölner Resolution des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften (8. November 1900) und dem dritten Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Krefeld (1901), auf dem deren prinzipielle Stellung festgelegt wurde, trat die sogenannte Berliner Arbeiterbewegung ins Leben, die im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften eine Organisation der katholischen Arbeiterschaft — auch in gewerkschaftlicher Hinsicht — auf rein katholisch-konfessioneller Grundlage (in sogenannten Fachabteilungen) verlangt.

Diese doppelte Organisation der Arbeiterschaft in christlichen Gewerkschaften und in katholischen Fachabteilungen führte naturnotwendig nicht nur zu einem schon durch die gegenseitige Konkurrenz gegebenen Kampf der beiden Organisationen, ihrer Führer und Organe gegeneinander, sondern sie gab auch den ersten Anlaß zur gegenseitigen Befehdung von Zentrumsangehörigen und Zentrumsblättern. Dieser Streit zeitigte weiter, etwas im katholischen Deutschland

bis dahin ganz Unerhörtes, scharfe Angriffe katholischer Blätter gegen katholische Geistliche, ja selbst gegen Bischöfe, das unwürdige Ausspielen einzelner Bischöfe gegeneinander, und so manche andere häßliche Nebenerscheinung. Der in Wort und Schrift, in der Tagespresse und in besonderen Broschüren geführte Kampf der Katholiken und Zentrumsanhänger untereinander nahm dabei vielfach überaus heftige Formen an. Und die Länge des Streites machte ihn nicht gelinder; sie führte nur zu einer schärferen Betonung der einander gegenüberstehenden Prinzipien. Im letzten Jahre sind die Auseinandersetzungen im allgemeinen ruhiger geworden, ohne daß aber eine Annäherung der prinzipiellen Standpunkte stattgefunden hätte. Der preussische Episkopat hat dazu durch seine Beschlüsse auf der Bischofskonferenz in Fulda am 14. Dezember 1910, die in der Rhein.-Westfälischen Zeitung veröffentlicht wurden (Nr. 448 vom 14. April 1912), eine bemerkenswerte, der Versöhnung dienende Stellung genommen.

Der Streit um die gewerkschaftliche Organisation hat zuerst die Einigkeit innerhalb der deutschen Katholiken nachhaltig gestört. Sein Werk ist es auch, daß man sich daran gewöhnt hat, von „Richtungen“ zu sprechen und den Kampf dieser Richtungen gegeneinander als etwas Gegebenes hinzunehmen. Die Zentrumsparlei hat es offiziell vermieden, in dem Streite Stellung zu nehmen. In der Fraktion und den Parteiorganisationen sitzen Vertreter beider Richtungen nebeneinander. Vom Parteistandpunkte aus ist es niemandem verwehrt, sich zu der einen oder anderen Richtung zu bekennen, wie es auch jedem Katholiken nach den autoritativen Äußerungen der kompetenten kirchlichen Behörden freisteht, der einen oder anderen Organisation beizutreten.

Dementsprechend nehmen auch einzelne größere Zentrumsorgane den beiden gewerkschaftlichen Richtungen gegenüber eine durchaus neutrale Haltung ein, so die Germania, Schlef. Volksztg., Saarbr. Volksztg.; andere stehen ausgesprochen auf seiten der christlichen Gewerkschaften, so vor allem die Köln. Volksztg. und die Blätter des Ruhrreviers; wieder andere bekennen sich als Anhänger des Berliner Verbandes, so die Neunkirchener Ztg. und die Oberschlef. Volksstimme.

Der Streit in der Gewerkschaftsfrage, bei der die eine Richtung das konfessionelle Moment ausgeschaltet, die andere berücksichtigt wissen wollte, führte von selbst dazu, daß überhaupt die Frage der Religion und Konfession, ihr Zusammenhang mit allen Fragen des öffentlichen Lebens mehr in die Erörterung gezogen wurde. Auch hier gingen die Meinungen auseinander, je nachdem die einen der Religion einen größeren, die anderen einen geringeren Einfluß auf das öffentliche Leben eingeräumt wissen wollten. Das geschah, ganz abgesehen von der Stellungnahme der einzelnen, im Gewerkschaftsstreit. Im Gegenteil, gerade diejenigen, die sich für eine innigere Verbindung von Politik und Religion aussprachen, standen vielfach der Berliner Arbeiterbewegung ablehnend gegenüber, trotzdem ihre Bestrebungen gerade auf Berliner Seite lebhafteste Förderung fanden. Man hatte es hier also mit ganz verschiedenen Strömungen zu tun, die sich teils berührten, teils ihre eigenen Wege gingen.

Dagegen machte sich der Gewerkschaftsstreit auch bei diesen Erörterungen insofern unangenehm bemerkbar, als er in großen Kreisen eine mehr oder minder große gegenseitige Gereiztheit und vor allem gegenseitiges Mißtrauen geschaffen hatte. Die Folge davon war, daß bei der Erörterung solcher Fragen, die mit der Gewerkschaftsbewegung an und für sich nichts zu tun hatten, gefürchtet wurde, die Stellungnahme in ersteren könne doch auf die Beurteilung der Gewerkschaftsfrage von Einfluß sein. Ja auf seiten der Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung innerhalb des Zentrums wurde vielfach die Befürchtung gehegt, die Kreise, die für eine stärkere Betonung des religiösen Moments in der Öffentlichkeit eintraten, wollten auch die christlichen Gewerkschaften bekämpfen und überdies gar noch das Zentrum zu einer konfessionellen Partei umgestalten. Umgekehrt machte sich auf der anderen Seite der Argwohn geltend, den Verteidigern der christlichen Gewerkschaftsidee sei es nicht nur um die Verteidigung dieser, oder um die infolge der Angriffe aus anderen Parteilagern notwendige Verteidigung des allseits anerkannten politischen, nicht konfessionellen Charakters der Zentrumsparthei zu tun, sondern ihr Streben gehe auf eine Zurückdrängung des religiösen Momentes im öffentlichen Leben überhaupt. Dazu trat die Furcht, es könne durch das gehäufte, ohne anscheinend hinreichenden Anlaß immer wiederholte Betonen des nicht konfessionellen Charakters der Zentrumsparthei das Bewußtsein der katholischen Zentrumswählerschaft Schaden leiden, daß das Zentrum als die politische Organisation der deutschen Katholiken vor allem seine Wurzeln im katholischen Volke habe, und daß es daher auch berufen sei, der katholischen Weltanschauung bei der Behandlung der einschlägigen Fragen, soweit Verfassung und Parteiprogramm dies zulassen, den gebührenden Einfluß einzuräumen.

So geschah es, daß oft an und für sich harmlose und belanglose Äußerungen durch die Deutungen der anderen Seite eine ganz verfängliche Auslegung erhielten, was dann wieder neuen Anlaß zu oft scharfen Polemiken gab. Dazu kam der Umstand, daß der katholische Volksverein, also eine ausgesprochene konfessionelle Organisation, sich von Anfang an ausschließlich für die interkonfessionelle christliche Gewerkschaftsbewegung betätigte. Das machte ihn in manchen auf seiten der Berliner Arbeiterbewegung stehenden katholischen Kreisen unbeliebt, und statt Förderung fand er dort eine sehr kühle Aufnahme, so daß als weitere Folge des Gewerkschaftsstreites die Tatsache zu verzeichnen war, daß ein von Windthorst ins Leben gerufener, für das ganze katholische Volk bestimmter Verein gerade in jenen katholischen Kreisen auf Widerstand stieß, die nirgendwo das katholische Moment ausgeschaltet wissen wollen.

Unter allen Zentrumsblättern war keines, das sich so entschieden und nachdrücklich der christlichen Gewerkschaften annahm, und weiter so andauernd und energisch, in so konsequenter Weise für den politischen, nicht konfessionellen Charakter der Zentrumsparthei eintrat, wie die Kölner Volkszeitung, meist in geschickter Weise, mitunter aber auch weniger glücklich und hier und da direkt

verlezend, rücksichtslos selbst dort, wo Kleid und Würde des Gegners eine andere Sprache erfordert hätten. Das erregte vielfach in katholischen Kreisen Anstoß, speziell auch gerade dort, wo man in der Sache mit dem Blatte völlig einer Meinung war. Es kam hinzu, daß viele mit der Haltung des Blattes in einigen den Katholizismus direkt berührenden Fragen, so bei dem Streit um Schell, bei der Bewegung gegen den Index, der Gründung der Münsterschen Kulturgesellschaft usw. nicht zufrieden waren. Weiter wurde es unangenehm empfunden, daß bei der scharfen Sprache, die die Kölnische Volkszeitung gegen jeden Verstoß auf katholischer Seite gegen den politischen Charakter der Zentrumsparlei und gegen Angriffe auf die interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung fand, Verstöße nach der konfessionellen Seite hin, vor allem, wenn dieselben von christlichen Gewerkschaftlern in führender Stellung ausgingen, vielfach so überaus zurückhaltend behandelt wurden. Ob zu dieser Haltung berechnete Gründe vorlagen oder nicht, kann hier außer Betracht bleiben. Es kommt in diesem Zusammenhang lediglich auf die Feststellung der Tatsache selbst an. So kam es, daß die Kölnische Volkszeitung bei manchen allmählich in den, wenn auch unberechtigten, aber nicht ganz unverschuldbaren Verdacht kommen konnte, als sei es ihr mit der Vertretung der katholischen Prinzipien keine rechte Herzenssache mehr. Einzelne gingen soweit, in der Haltung der Kölnischen Volkszeitung eine direkte Gefährdung des katholischen Glaubens zu sehen und gaben dieser Ansicht auch offen Ausdruck. Es genügt in der Beziehung an die bekannte Broschüre „Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus“ zu erinnern, die übrigens in der Zentrumspresse allgemeine Ablehnung fand.

Allmählich begann man von einer „Kölner Richtung“ zu sprechen und stellte in Gegensatz dazu die sogenannte „Berliner Richtung“. Beide Begriffe leiden daran, daß ihnen eine feste Umgrenzung fehlt, sie also bald in diesem, bald in jenem, bald in engerem, bald in weiterem Sinne gebraucht werden. Diese Unklarheit war natürlich auch nicht dazu angetan, die Auseinandersetzungen verständlicher zu gestalten. Im Gegenteil, diese wurden dadurch noch verschärft, indem gegen die eine oder andere „Richtung“ erhobene Anklagen von Personen auf sich bezogen wurden, auf die der Ankläger sie gar nicht bezogen wissen wollte. Außerhalb des Zentrums machte sich gar die Auffassung geltend, als ob das ganze Zentrum in zwei Richtungen, eine Kölner und eine Berliner, zerfalle.

* * *

Den eigentlichen Anlaß zu den Auseinandersetzungen über den Charakter der Zentrumsparlei innerhalb derselben hat — abgesehen von dem entfernteren Anlaß des Streites auf gewerkschaftlichem Gebiete — der schon vorher erwähnte Artikel gegeben, den Justizrat Dr. Julius Bachem im Jahre 1906 (Heft 5) der Historisch-politischen Blätter unter dem Titel: „Wir müssen aus dem Turm heraus“ veröffentlichte. In diesem Artikel findet sich folgende Stelle:

„Es muß unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet sind. Und zwar wird es meines Erachtens gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann.“

und weiter:

„Von solchen Kandidaten darf man kirchenpolitisch nichts anderes verlangen, als daß sie jeder Beschränkung der kirchlichen Freiheit widerstreben, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils rückhaltlos anerkennen; im übrigen muß namentlich ihre sozialpolitische Stellung entscheidend sein!“

Dieser Artikel stieß mit Ausnahme der Kölnischen Volkszeitung, deren geistiger Leiter Herr Julius Bachem ist, wohl in der gesamten Zentrumspresse auf unterschiedenen Widerspruch. So schrieb die Germania u. a.:

„Eine so eigenartige Zumutung, wie hier, ist wohl noch niemals von einer Partei ihren Anhängern gemacht worden: die Zentrumswähler sollen dort, wo sie einen Zentrumsman haben können, jemand wählen, der nur mit dem einen Fuße auf dem Boden ihres Programms, mit dem anderen aber in einem anderen Lager steht! Das würde verwirrend auf die Wähler und zersetzend auf die Partei wirken.“

Und in der Allgemeinen Rundschau schrieb der Zentrumsabgeordnete Dr. Jäger u. a.:

„Würde man den Bachem'schen Vorschlag in breiterem Maße befolgen, so könnten Mißgriffe und Enttäuschungen nicht ausbleiben. Der Zustand, der in vielen Gegenden Deutschlands nach Niederwerfung der Aufstände von 1849 herrschte, daß die konservativen Männer beider Konfessionen sich bei den Wahlen vereinigten, wobei die Katholiken die übergroße Zahl der Wähler, die Protestanten aber zumeist die Abgeordneten stellten, dieser Zustand darf denn doch als Endergebnis der Zentrumsbewegung nicht eintreten.“

Ich selbst bin damals vor allem in den Historisch-politischen Blättern (Heft 7, 1906) den Ausführungen von Julius Bachem entschieden entgegengetreten. Von dem Zeitpunkt an nahmen aber die theoretischen Erörterungen über das Zentrum in der Presse kein Ende mehr. Und auch die Zentrumsgegner beteiligten sich überaus lebhaft daran, sowohl in der Presse, wo die Kölnische Zeitung als Wortführerin fungierte, wie in besonderen Broschüren. Ich erwähne: Göß „Das Zentrum eine konfessionelle Partei“, von Savigny „Des Zentrums Wandel und Ende“ und Muser „Der Ultramontanismus und das Zentrum“. Als Antwort auf Göß erschien im Jahre 1908 meine Broschüre: „Ist das Zentrum eine konfessionelle Partei?“ (Hamm, Breer u. Thiemann.)

Zu besonderer Heftigkeit entbrannte der Streit im Zentrumslager Ende 1908, als am 4. Oktober 1908 in der Augsburger Postzeitung (Nr. 228) ein Artikel „Ein Ausweg in peinlicher Verlegenheit“ erschien, und die Kölnische Volkszeitung darauf in ihrer Nr. 869 vom 9. Oktober 1908 mit einem Artikel „Die ‚Koalitionsform‘ der Katholiken und Protestanten im weltlichen Leben“ erwiderte. Im Laufe dieser Polemik erschienen auch noch der Westfälische Merkur und die Historisch-politischen Blätter auf der Bildfläche, die sich beide

auf die Seite der Augsburger Postzeitung stellten. Die Polemik nahm zeitweise recht gereizte Formen an, und die Kölnische Volkszeitung fragte immer wieder: „Wer steckt dahinter?“ Da tagte am 13. April 1909 in der Bürgergesellschaft zu Köln die sogenannte Osterdienstagskonferenz. Über ihren Verlauf hatte einer der Teilnehmer, der auch der Einberufer der Konferenz war, sich Aufzeichnungen gemacht und drucken lassen. Diese Aufzeichnungen waren durchaus lückenhaft und enthielten, wie ich bereits in meiner Broschüre „Köln und Koblenz“ (Hamm, Breer u. Thiemann, 1909) dargelegt habe, neben Richtigem auch viel objektiv Unrichtiges, ließen neben Ausführungen von Unwesentlichem Wesentliches aus, und gaben so ein falsches Bild über die Bestrebungen und den Verlauf der Konferenz. Dem Ganzen hatte jener Teilnehmer die Überschrift gegeben: „Protokoll der kirchlich-sozialen Konferenz am Osterdienstag, den 13. April 1909, in Köln.“ Ein Abzug hiervon gelangte in den Besitz der Kölnischen Volkszeitung, wurde alsbald durch Maschinenschrift vervielfältigt und in zahlreichen Exemplaren unter der Hand in ganz Deutschland verbreitet. Schließlich erschien dieses „Protokoll“ auch in Broschürenform mit einem längeren Kommentar im Verlage der Universitätsbuchdruckerei Karl Georgi in Bonn. Der Vorsitzende der Konferenz, Dr. Bitter, bezeichnete alsbald in einer öffentlichen Erklärung das Protokoll als ein „privates Machwerk, das fälschlich als Protokoll ausgegeben, nicht unterzeichnet und voll objektiver Unrichtigkeiten“ sei. Auch von anderen Teilnehmern der Konferenz wurde öffentlich gegen die Richtigkeit des „Protokolls“ Einspruch erhoben. Diese Dementis blieben aber bei dem weitaus größten Teile der Zentrumspresse ohne Wirkung. Die Kölnische Volkszeitung glaubte augenscheinlich in dem Protokoll die Antwort auf ihre wiederholte Frage: „Wer steckt dahinter?“ gefunden zu haben. In ihrer Nr. 526 vom 23. Juni 1909 veröffentlichte sie einen Artikel unter der Überschrift „Die anonymen Treibereien“, in dem es hieß: „Uns sind der bzw. die Urheber dieser Treibereien sehr wohl bekannt. Am 13. April 1909, am Osterdienstag, hat hier in Köln eine geheime Zusammenkunft von zehn Herren stattgefunden“ usw. Die Kölnische Volkszeitung hat es durch ihre Haltung fertig bekommen, daß sich sowohl in dem größten Teile der Zentrumspresse und der Zentrumsparlei, wie in den Kreisen der anderen Parteien die Ansicht festsetzen konnte, die Osterdienstagskonferenz habe es auf eine Konfessionalisierung des Zentrums abgesehen. Und so ist es denn — aller geschichtlichen Wahrheit zum Troß — sogar so weit gekommen, daß der Begriff „Osterdienstagskonferenz“ eine Verallgemeinerung erfahren hat dahin, daß man unter ihm heute nicht nur alle Bestrebungen versteht, die auf eine stärkere Betonung des konfessionellen Moments hinauslaufen, sondern sogar solche, die eine direkte Umwandlung des Zentrums in eine konfessionelle Partei zum Ziele haben. In diesem Sinne spricht man dann von „Kreisen“, vom „Lager“ usw. der Osterdienstagsgleute, trotzdem die betreffenden „Kreise“ usw., um deren Bestrebungen es sich hier handelt, mit der Konferenz selbst absolut nichts zu tun haben und hatten, ja den Teilnehmern der Konferenz in ihrer

überwiegenden Majorität völlig unbekannt sein dürften, trotzdem auch, wie gesagt, die Konferenz als solche auch nicht im allergeringsten an dem politischen, nicht konfessionellen Charakter der Partei rütteln wollte. Jedenfalls sind dahingehende Bestrebungen auf der Konferenz selbst nicht zutage getreten. Sie würden andernfalls dort auch auf den allerentschiedensten Widerspruch gestoßen sein. Für das, was einzelne Teilnehmer der Konferenz früher oder später getan haben, sind diese allein verantwortlich, nicht aber die Osterdienstagskonferenz. Diese war lediglich eine willkürliche, private Zusammenkunft zu privatem Meinungsaustausch über die infolge der erwähnten Polemik zwischen der Kölnischen Volkszeitung und der Augsburger Postzeitung usw. die Öffentlichkeit bewegenden Fragen. Den einzelnen Teilnehmern war vorher auch nicht bekannt, wer sich an dieser Aussprache beteiligen würde. Es lag der Konferenz auch durchaus fern, irgend etwas am Charakter der Zentrumsparthei ändern oder die Partei irgendwie offiziell definieren zu wollen. Das sind alles Erfindungen der Kölnischen Volkszeitung. Die Konferenz hat überhaupt keine Definition der Zentrumsparthei aufgestellt. Der so viel angefeindete Satz über das Zentrum, wonach dasselbe eine politische Partei ist, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens im Einklange mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung zu vertreten, ist auch gar nicht von der Konferenz formuliert worden, sondern erst nachträglich von Herrn Dr. Bitter. Diese Formulierung hat Anlaß zu vielen Mißverständnissen geboten, sie wollte aber nach der späteren Erklärung Dr. Bitters und anderer Teilnehmer der Konferenz, zu denen ich auch gehöre, nichts anderes besagen, als daß die Politik des Zentrums nicht im Gegensatz zur katholischen Weltanschauung erfolgen dürfe. Und in diesem Sinne ist der Satz Gemeingut des gesamten Zentrums. So schreibt noch Dr. Armin Kaufen, der Herausgeber der Allgemeinen Rundschau, in Nr. 14 der genannten Zeitschrift vom 6. April 1912 (S. 206):

„An dem Tage, an welchem das Zentrum sich irgendwie im Gegensatz zur katholischen Weltanschauung stellen würde, hätte es das Vertrauen des katholischen Volkes verloren. Das ist eine so klare Binsenweisheit, daß man über die Unterstellung, als ob dies jemals geschehen könnte, förmlich erschrecken muß.“

Das ist genau der Standpunkt der Osterdienstagskonferenz. Nichts anderes hat sie jemals gewollt. Im übrigen verweise ich auf die erwähnte Broschüre „Köln und Koblenz“, die das ganze die Osterdienstagskonferenz und ihre Folgeerscheinungen betreffende Material enthält.

Zur Rechtfertigung der Bestrebungen der Osterdienstagskonferenz und um allen Gelegenheit zur Aussprache zu geben, fand am 9. August 1909 im Görresbau in Koblenz eine von mehreren Teilnehmern der Osterdienstagskonferenz und einer Anzahl sonstiger Herren einberufene Versammlung statt, in der nach einem längeren Referate des Herrn Dr. Bitter eine Resolution zur Annahme gelangte, in der dagegen Verwahrung eingelegt wurde, daß die Osterdienstagskonferenz beabsichtigt habe, das Zentrum zu einer einseitig konfessionellen Partei zu

gestalten, und erklärt wurde, daß die Versammlung „unentwegt an dem durch Programm und Tradition ein für allemal feststehenden Charakter des Zentrums festhält“. In einem Artikel, der sich mit dieser Versammlung befaßte, schrieb die Kölnische Volkszeitung (Nr. 673 vom 10. August 1909) u. a.:

„Mit dem Verlauf der Koblenzer Versammlung sind wir im übrigen nicht unzufrieden. Niemand will jetzt an dem politischen, nicht konfessionellen Charakter des Zentrums irgendwie rütteln. Mehr verlangen wir ja gar nicht.“

Und Justizrat Dr. Julius Bachem äußerte u. a. im Tag:

„Wenn das weitere Verhalten derer um die Abgeordneten Noeren und Bitter dem entspricht, so hätte die ganze Auseinandersetzung ein sehr erfreuliches Ergebnis gehabt: es wäre dann der politische, nichtkonfessionelle Charakter des Zentrums stabilisiert wie ein ‚Rocher von bronze‘.“

Dennoch wollten die Auseinandersetzungen nicht verstummen. Am 18. August 1909 befaßte sich der Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse mit ihnen und nahm eine aus sechs Punkten bestehende Resolution an, in der erneut der politische, nicht konfessionelle Charakter des Zentrums betont und gesagt wurde, daß dieser Charakter den katholischen Zentrumsmitgliedern vollste Freiheit lasse, „in Weltanschauungsfragen nach den Grundsätzen ihres katholischen Glaubens sich zu richten und für diese vom Boden der Verfassung und der staatsbürgerlichen Parität unter aller gebotenen Rücksichtnahme auf die andersgläubigen Volksgenossen einzutreten“. Nicht lange darauf erschien in der Zentrumspresse eine seitens der Vorsitzenden der Zentrumsfraktionen des deutschen Reichstags und des preußischen Landtags Dr. Freiherrn von Herling und Dr. Borsch „an die Mitglieder der Zentrumsparlei“ gerichtete Bitte, von jeder weiteren Erörterung des Gegenstandes in der Presse und in Versammlungen absehen zu wollen, da sich der Landesauschuß der preußischen Zentrumsparlei, verstärkt durch die süddeutschen Vorstandsmitglieder der Reichstagsfraktion, mit der zur Diskussion gestellten Frage befaßten würden. Diesem Ersuchen wurde indessen nur teilweise stattgegeben.

* * *

Die angekündigte Sitzung des Landesauschusses fand dann am 28. November 1909 in Berlin statt. Nach eingehender Beratung erließ der Landesauschuß eine offizielle Kundgebung, in der erneut der politische, nicht konfessionelle Charakter der Zentrumsparlei festgestellt und zugleich betont wurde, daß „abgesehen von dem Programm“ „die Tatsache der Zugehörigkeit fast aller ihrer Wähler und Abgeordneten zur katholischen Kirche genügende Bürgschaft dafür“ biete, „daß die Zentrumsparlei die berechtigten Interessen der deutschen Katholiken auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens nachdrücklichst vertreten wird“.

Aber auch diese Erklärung ließ die Streitigkeiten nicht verstummen. Das um so weniger, als kurz vorher im Hochland (Heft 11, 1909) ein Artikel: „Glossen zur katholischen Literaturbewegung“ von Professor Dr. M. Spahn erschienen war, auf den am Tage vor dem Zusammentritt des Landesauschusses

ein in der Germania (Nr. 272 vom 27. November 1909) erschienener Aufsehen erregender Artikel „Klarheit und Wahrheit“ die Antwort brachte, an die sich dann weitere Auseinandersetzungen knüpften.

Zu besonders lebhaften Debatten führte eine im Jahre 1910 erschienene Broschüre des Kaplans Schopen „Köln eine innere Gefahr für den deutschen Katholizismus“, die zwar seitens des Abg. Roeren eine Empfehlung erhielt, im übrigen aber, wie gesagt, fast von der gesamten Zentrumspresse abgelehnt wurde. In dieser Broschüre sollte ursprünglich auch ein seitens des Herrn Kardinalfürstbischöfs Dr. Kopp an Frä. von Schalscha-Chrenfeld in Berlin, die Vorsitzende des Vereins erwerbstätiger Frauen und Mädchen, unterm 12. Januar 1910 gerichteter Privatbrief, der auch auf den erwähnten Hochland-Artikel Professor Spahns Bezug nahm, veröffentlicht werden. Dies unterblieb zwar auf Intervention der von dem Verleger des Buches, Dr. Dießsch, verständigten Dr. Fleischer und Assessor von Savigny; aber dennoch erschien der Brief, der bekanntlich die Wendung von einer „Verseuchung des Westens“ enthielt, bald darauf im Berliner Tageblatt, von wo er dann seinen Lauf durch die gesamte Presse nahm und hier endlose Debatten hervorrief.

Inzwischen hatte die Kandidatur Spahn in Warburg-Höyter einen neuen Streitfall hervorgerufen. Anlässlich des Augsburger Katholikentages veröffentlichten vierzehn Zentrumsabgeordnete, darunter die Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorff, einen offenen Brief an Prof. Dr. M. Spahn, in dem sie ihn unter Hinweis auf Einzelheiten seiner publizistischen Tätigkeit aufforderten, von seiner Kandidatur zurückzutreten. Professor Spahn hielt aber an seiner Kandidatur fest, wurde gewählt und nachher auch in die Zentrumsfraktion aufgenommen. Eine von Graf Oppersdorff verfasste, zunächst vertraulich versandte, später auch im Buchhandel erschienene Broschüre „Ist Martin Spahn Zentrumsman?“ vermochte diese Aufnahme nicht zu hindern. Im übrigen beschäftigte die Angelegenheit noch längere Zeit die Öffentlichkeit.

Viel Staub wirbelte alsdann eine am 25. September 1910 in Dortmund gehaltene Rede des Verlegers der Tremonia, Lambert Lensing, gegen die „Marodeure im eigenen Lager“ auf, die einen „Notzschrei“ an die bischöfliche Behörde in Breslau enthielt. Ein Teil der Zentrumspresse, vor allem die Kölnische Volkszeitung, nahm hierbei scharf für Herrn Lensing, ein anderer, so besonders die Germania und das Deutsche Volksblatt, gegen diesen Stellung. Abg. Erzberger veröffentlichte in seiner Korrespondenz einen Brief des Abg. Graf Oppersdorff gegen Herrn Lensing und den ebenfalls in Dortmund als Redner aufgetretenen Grafen Praschma. Auch in dieser ganzen Polemik, wie im Falle Spahn, ist das konfessionelle Moment der leitende Faden. Im Falle Spahn haben wir — neben anderen Punkten — vor allem die Anzweiflung der orthodox katholischen Gesinnung Professor Spahns, wogegen letzterer sich zur Wehre setzt. Im Dortmunder Falle haben wir auf der einen Seite die übermäßig scharfe Sprache Lensings, die nur aus der Befürchtung einer

Schädigung des Zentrums, des katholischen Volksvereins und der christlichen Gewerkschaften, als der „festgefügtsten Organisationen der deutschen Katholiken“, zu erklären ist, und auf der anderen Seite die ernste Besorgnis, daß durch derartige Ausführungen das kirchliche Empfinden des katholischen Volkes Schaden leiden müsse.

Am 24. Oktober 1910 trat dann der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei erneut zu einer Sitzung zusammen, die sich wiederum mit den schwebenden Streitigkeiten befaßte. Der Abg. Roeren gab dabei eine Erklärung ab, daß er unzweideutig und vorbehaltlos auf den Boden des Beschlusses des Landesausschusses vom 28. November 1909 trete und die Empfehlung der Schopenhagens Broschüre zurückziehe. Der Landesausschuß selbst beschloß diese Erklärung zu veröffentlichen und ersuchte gleichzeitig die Zentrumspresse, „die Polemik über alle an die sogenannte Osterdienstagskonferenz sich anknüpfenden Streitfragen von jetzt ab gänzlich einzustellen“. Dieses Ersuchen hatte aber ebenso wenig Erfolg, wie die ebendahin zielenden Bemühungen des Augustinusvereins.

Im Laufe der Jahre wurde auch der deutsche Episkopat wiederholt in die schwebenden Streitigkeiten hineingezogen. Bekanntlich sind ja auch die deutschen Bischöfe über die gewerkschaftliche Organisationsform geteilter Ansicht. Für die Organisation auf rein katholischer Grundlage sind namentlich die Bischöfe Korum von Trier und Kardinal Kopp von Breslau, während Kardinal Fischer und die meisten übrigen Bischöfe der Organisation in christlichen Gewerkschaften den Vorzug geben. Der katholische Volksverein unterstützt bekanntlich allein die christlichen Gewerkschaften, auch der noch im Herbst 1909 geäußerte Wunsch des Kardinals Kopp, sich für den Bereich der Diözese Breslau gleichermaßen in den Dienst der katholischen Fachabteilungen zu stellen (Hist.-pol. Blätter 1910 S. 651), konnte den Volksverein nicht zu einer Änderung dieser Haltung bewegen. Daher erklärt sich wohl auch mit der Erlaß des Herrn Kardinals vom 16. März 1910, daß ihm vor der Gründung neuer Zweigvereine des katholischen Volksvereins innerhalb seiner Diözese davon Mitteilung zu machen sei, was in anderen Diözesen, z. B. Köln, nicht verlangt wird. Daher auch die unwillige Äußerung des Herrn Kardinals über die Haltung des Volksvereins in dem erwähnten Briefe an Frh. von Schalscha. Auf die Form des Ausdrucks ist in diesem Briefe, da es sich um ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Privatschreiben handelte, natürlich weniger Sorgfalt verwendet worden, was auch Kardinal Fischer in einer am 23. Oktober 1910 in Düsseldorf auf der Generalversammlung des katholischen Frauenbundes gehaltenen Rede ausdrücklich feststellte. Kardinal Fischer betonte dabei gleichzeitig, zu der Erklärung autorisiert zu sein, daß Herr Kardinal Kopp die in den Brief eingeflochtenen scharfen Ausdrücke bedaure und durchaus nicht die Absichten habe, die man ihm unterstelle. Es ist ja auch bekannt, daß Kardinal Kopp im übrigen ein warmer Freund des katholischen Volksvereins und dessen Bestrebungen ist.

Aus dieser abweichenden Haltung der beiden Kardinäle der gewerkschaftlichen Organisation — und in Verfolg hiervon dem katholischen Volksverein gegenüber, wollten manche eine Gegnerschaft der beiden Kardinäle unter sich konstruieren. Besonders geschah dies nach Veröffentlichung des erwähnten Briefes des Kardinals Kopp an Fräulein von Schalscha. In einer am 16. Oktober 1910 in Köln stattgehabten Versammlung wies Kardinal Fischer solche Behauptungen als „unsaubere Machenschaften“ entschieden zurück und betonte nachdrücklich die Einigkeit des deutschen Episkopats. Gleichzeitig bezeichnete er es als eine „Gewissenspflicht für die deutschen Katholiken“ geschlossene Einheit zu bewahren. Bestehende Differenzen solle man „mit Klugheit, mit Mäßigung, mit Liebe und Selbstverleugnung auszugleichen suchen“. In gleichem Sinne hat Kardinal Fischer sich bekanntlich wiederholt ausgesprochen. Zu den als „unsaubere Machenschaften“ gekennzeichneten Ausstreunungen gehörte auch die von Osservatore Romano dementierte Meldung von einer angeblich in Köln durch Msgr. Pardini angestellten kirchlichen Untersuchung, sowie die von der Mailänder Perseveranza in die Welt gesetzte und in Deutschland verbreitete Nachricht, Kardinal Fischer werde sich in Rom gegen die von Kardinal Kopp gegen ihn erhobene Anklage des Modernismus zu verteidigen haben. Selbst ein katholisches Blatt des Saarreviers machte sich die Behauptung zu eigen, Kardinal Fischer werde sich in Rom „gegen den gegen ihn erhobenen Vorwurf des Modernismus“ verteidigen müssen und berief sich dabei auf „hochangesehene Mitglieder des katholischen Klerus der Erzdiözese Köln“ als seine Gewährsmänner. Am selben 16. Oktober 1910, an dem Herr Kardinal Fischer sich in Köln so scharf gegen die „unsauberen Machenschaften“ aussprach, sandte er der Saarbrücker Volkszeitung, dem führenden katholischen Blatte des Saarreviers, ein Telegramm mit der Bitte um Veröffentlichung, in dem er die Meldung des betreffenden Blattes als „groben Unfug und von A bis Z erdacht“ bezeichnete. In dieselbe Kategorie gehört auch ein vor einiger Zeit in der Kreuzzeitung (Nr. 84 vom 20. Februar 1912) erschienener Artikel „Die Kurie und der deutsche Katholizismus“, der angeblich von „hervorragender katholischer Seite“ des Auslandes stammte und Kardinal Fischer sowie auch Nuntius Frühwirth in München in Gegensatz zur römischen Kurie stellen wollte. „Bei der Kurie in Rom“ hieß es dort, wüßten „die Denunzianten und Verleumder ihren stärksten Rückhalt“. In Rom habe man bisher leider „ausschließlich auf die Stimmen der schlimmsten Feinde des Katholizismus gehört“, und es sei daher zu wünschen, daß man dort auch einmal auf den Kardinal Fischer höre, der sich in seinem diesjährigen Fastenhirtenbriefe scharf gegen die in verschiedenen in- und ausländischen katholischen Organen hervorgetretenen Verdächtigungen des deutschen Katholizismus gewandt habe. Aber es sei möglich, daß dies dem Kardinal Fischer den Thron des hl. Maternus kosten könne. Er habe „das Ansehen, das er vielleicht einmal in Rom genoß, längst ebenso verscherzt, wie der Nuntius Frühwirth in München und alle, die das katholische Deutschland

gegen übertriebene und ungerechte Beschuldigungen in Schutz genommen haben“.

Der hier erwähnte Artikel der Kreuzzeitung stammte, wie das Blatt selbst erklärte, aus dem Auslande. Die lebhafteste Beteiligung des Auslandes an den Streitigkeiten der deutschen Katholiken ist überhaupt ein Moment, das nicht aus dem Auge gelassen werden darf. Man sollte mitunter fast glauben, es bestehe eine Art internationaler Konzern, der darauf ausgeht, die Einigkeit der deutschen Katholiken systematisch zu untergraben. Es machen sich hier zwei ganz verschiedene Tendenzen bemerkbar, denen beiden die deutschen Katholiken die gleiche Aufmerksamkeit schenken müssen. Die eine geht darauf aus, die Glaubensstreue eines Teiles der deutschen Katholiken im Auslande zu verdächtigen; ob mit Absicht oder nicht, sei dahingestellt. Jedenfalls ist das das Ergebnis ihrer Arbeit, indem sie teils wirklich tadelnswerte vereinzelte Vorkommnisse verallgemeinern und vergrößern, teils auch völlig Falsches über einzelne katholische Persönlichkeiten oder auch größere katholische Kreise, oder die Zentrumsparlei verbreiten, oder wirkliche Handlungen in einem unrichtigen Lichte darstellen und unhaltbare, die Katholiken verletzende Folgerungen daraus ziehen. Daraus mag dann im Auslande bei der dem Menschen anhaftenden Neigung, zu verallgemeinern, die Ansicht entstehen — und dieser Ansicht wird auch Ausdruck gegeben — daß es überhaupt mit dem deutschen Katholizismus nicht so beschaffen ist, wie es sein müßte. Das hat natürlich in deutschen katholischen Kreisen die Gegenwirkung, daß man gegen die betreffenden ausländischen Organe, die derartige falsche Meldungen bringen, aufgebracht ist und ebenfalls nicht nur die betreffenden einzelnen Artikel, sondern die betreffenden Organe überhaupt verurteilt. Und so sehen wir denn, daß einzelne Persönlichkeiten — und das gilt auch vom Inlande auf beiden Seiten —, die an dem Kampfe der Meinungen in hervorragender Weise beteiligt sind, nicht nur, wie billig, für einzelne Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden, sondern daß überhaupt über sie der Stab gebrochen wird.

Während sich so also auf der einen Seite Kräfte bemerkbar machen, die deutschen Katholiken im Auslande, und speziell auch in Rom zu verdächtigen, sind umgekehrt andere tätig, Rom, das ist die römische Kurie, bei den deutschen Katholiken in Mißkredit zu bringen. Dahin rechne ich zunächst die immer wiederkehrende Behauptung, Rom sei nicht richtig über die deutschen Katholiken informiert, die deutschen Katholiken gälten weniger in Rom als die Katholiken anderer Nationen; dahin rechne ich die Bestrebungen der Krausgesellschaft und des „Neuen Jahrhunderts“; dahin gehören auch Artikel wie der erwähnte der Kreuzzeitung, den der *Offervatore Romano* (Nr. 59 vom 28. Februar) als „verwerflich und beschimpfend gegen den heiligen Vater und gegen die kirchliche Autorität“ kennzeichnete, die Artikel der Münchener katholischen Kirchenzeitung *Die Wahrheit* und der Augsburger Postzeitung gegen Msgr. Benigni, welsch letzteren Artikel der Kardinalstaatssekretär Merry del Val durch den Bischof von Augsburg als „unwahr und ehrenrührig

für den hl. Stuhl und dessen Funktionäre“ bezeichnen ließ; dahin gehören die erwähnten Verleumdungen gegen Kardinal Fischer und so manches andere. Damit soll natürlich keineswegs gesagt sein, daß die erwähnten Blätter mit der Veröffentlichung der betreffenden Artikel nun auch selbst die Absicht gehabt hätten, die Kurie bzw. deren Beamte in den Augen der deutschen Katholiken herabzusetzen. Ich will vielmehr gern annehmen, daß sie durchaus bona fide gehandelt haben. Aber es ist kennzeichnend für die gereizte Stimmung, in der sich weite katholische Kreise zurzeit in Deutschland befinden, daß es überhaupt Katholiken gibt, die derartige Artikel verfassen, und daß es nicht nur akatholische, sondern auch katholische Blätter gibt, die solche Artikel veröffentlichen.

Dem liegt die Tatsache zugrunde, daß, wie bereits erwähnt, in einer Reihe katholischer Organe des Auslandes, speziell auch in der Korrespondence de Rome, Artikel erschienen sind, die geeignet waren, das Empfinden weiter katholischer Kreise in Deutschland zu verletzen. Ihre Verfasser mögen von den besten Absichten getragen gewesen sein, aber sie waren entweder nicht richtig informiert über die deutschen Verhältnisse oder nicht in der Lage, die deutschen Verhältnisse richtig zu beurteilen. Die politischen Führer der deutschen Katholiken, speziell das Zentrum, haben vielfach äußerst schwierigen Situationen gerecht zu werden, und sie können diesen nur gerecht werden, wenn sie sich von dem Vertrauen der Gesamtheit der Katholiken getragen wissen; es ist auch nicht möglich, die Allgemeinheit über die Einzelheiten aller Schritte stets genau aufzuklären. Erscheinen nun in der Öffentlichkeit wiederholt falsche und darum verletzende Darstellungen, Darstellungen, die sogar das katholische Bewußtsein des Betreffenden anzweifeln, so ergibt sich daraus von selbst eine gereizte Stimmung und ein Unwillen nicht nur gegenüber den einzelnen unkorrekten oder verletzenden Auslassungen, sondern gegenüber den betreffenden Blättern und schließlich gegen deren leitende Persönlichkeiten im allgemeinen. Daraus mag sich dann auch die Veröffentlichung von Artikeln der gedachten Art in katholischen Blättern erklären.

* * *

Während aus Anlaß der Osterdienstagskonferenz vor allem die Namen der Abgeordneten Dr. Bitter und Roeren in Verbindung mit den Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumspartei genannt wurden — Dr. Bitter wurde infolge seiner Beteiligung an der Osterdienstagskonferenz bei den letzten Reichstagswahlen nicht wieder aufgestellt —, trat in den letzten beiden Jahren mehr der Abg. Graf Dppersdorff hervor. Nach den Affären Spahn und Lenzing wurde sein Name namentlich in den Auseinandersetzungen innerhalb des schlesischen Zentrums immer wieder genannt, zuletzt in Verbindung mit der in Ratibor erfolgten Gründung der sogenannten katholischen Aktion, als deren Führer zweifelsohne Herr Pfarrer Nieborowski anzusehen ist. Es kam schließlich so weit, daß Graf Dppersdorff in dem bisher von ihm vertretenen Wahlkreise Glas-Habelschwerdt nicht wieder aufgestellt wurde, und daß Frhr. von Hertling die Wahl des Grafen Dppersdorff in dem später von diesem eroberten Wahl-

freie Fraustadt-Lissa als inopportun bezeichnete. Trotzdem auch Graf Oppersdorff in Berlin als offizieller Zentrumskandidat aufgestellt und in Fraustadt-Lissa auf das Programm der Zentrumsparlei gewählt worden war, erfolgte dennoch nicht seine Wiederaufnahme in die Zentrumsfraktion. Es war darüber allerdings kein Fraktionsbeschuß zustande gekommen, im Vorstande hatte die Angelegenheit nur zur Beratung gestanden, und Abg. Roeren hatte sich dabei — im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern — für die Aufnahme erklärt. Aber es waren auf Anordnung des damaligen Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums eine Reihe Handlungen erfolgt, aus denen Graf Oppersdorff seine Nichtaufnahme als geschehen erachtete. In einer in seinem kurz zuvor gegründeten Blatte Wahrheit und Klarheit veröffentlichten Erklärung äußerte er, die Nichtaufnahme als gegebene Tatsache hinzunehmen. Damit erübrigte sich für die Fraktion eine weitere Stellungnahme.

Berechtigtes Aufsehen hat in allerletzter Zeit die Mandatsniederlegung des Geheimrats Roeren hervorgerufen, der ein ganzes Menschenalter hindurch unentwegt und treu für die Interessen der Zentrumsparlei eingetreten ist. Herr Geheimrat Roeren begründete seine Mandatsniederlegung damit, daß es ihm nach Auseinandersetzungen in einer Fraktionsitzung der Zentrumsparlei des preußischen Abgeordnetenhauses am 14. Februar d. Js., die im Anschluß an die von ihm geschehene Darlegung seines Standpunktes erfolgt sei, seiner Ansicht nach in Zukunft nicht mehr möglich sei, innerhalb der Fraktion für den Grundsatz einzutreten, daß das Zentrum bei den Fragen, bei denen die Weltanschauung überhaupt in Betracht kommt, seine Politik in Übereinstimmung mit der katholischen Weltanschauung, d. h. nicht in irgend welchem Gegensatz zu dieser, machen müsse. Justizrat Julius Bachem fügt in einem im Tag (Nr. 86 vom 13. April 1912) veröffentlichten Artikel hinzu, daß die Stellungnahme der Fraktion in der betreffenden Sitzung infolge „öffentlicher Auslassungen“ des Herrn Geheimrats Roeren (wohl ein von diesem kurz zuvor im *Nar* veröffentlichter Artikel) erfolgt sei. Ich kenne die in der Fraktion erfolgten Auseinandersetzungen nicht. Jedenfalls ist aber die von Herrn Geheimrat Roeren daraus gezogene Schlußfolgerung, als ob das Zentrum jemals in Weltanschauungsfragen seine Politik im Gegensatz zur katholischen Weltanschauung machen könne, unzutreffend. Armin Kaufen hat, wie ich bereits angeführt habe, mit Recht hierzu geäußert, man müsse über eine solche Unterstellung förmlich erschrecken. Ich habe daher den Schritt Roerens nicht verstehen können, und wie mir dürfte es auch vielen anderen so gegangen sein. Hinzukommt, daß der Austritt aus beiden Zentrumsfraktionen Herrn Roeren von keiner Seite nahegelegt wurde, vielmehr durchaus freiwillig erfolgt ist.

Endlich wäre noch ein Wort über einige in der letzten Zeit erfolgte Blattgründungen zu sagen, wobei speziell die von Graf Oppersdorff herausgegebene Wochenschrift Wahrheit und Klarheit und das in Breslau als Organ der sogenannten katholischen Aktion erscheinende Wochenblatt Das katholische Deutschland

in Betracht kommen. Zweifelsohne sind die dahinter stehenden Kreise von den besten Absichten beseelt. Sie wollen lediglich der katholischen Weltanschauung zum Siege verhelfen, die nach ihrer Meinung von einem Teile des Zentrums und der maßgebenden Persönlichkeiten innerhalb der Zentrumspartei nicht gebührend berücksichtigt wird. Aber abgesehen davon, daß sie sich in diesem Kampfe um die katholische Weltanschauung wiederholt von ungerechten Urteilen und von Maßlosigkeiten nicht fern gehalten haben, die nur allzu berechtigten Widerspruch herausfordern müssen, und abgesehen davon, daß sie einseitig nur das in ihren Augen Tadelnswerte der von ihnen bekämpften Richtung, nicht aber auch das zweifelsohne Verdienstvolle erwähnen und so schon dadurch allein vielfach ein falsches, der Wirklichkeit nicht entsprechendes Bild in ihrem Leserkreise hervorrufen, muß auch an die alte Wahrheit erinnert werden, daß das Bessere vielfach ein Feind des Guten ist. Das Zentrum hat in seiner vierzigjährigen Tätigkeit bewiesen, daß es stets für die Interessen des katholischen Volksteils eingetreten ist, daß es stets der katholischen Weltanschauung auch im öffentlichen Leben den ihr zukommenden Platz gewahrt wissen will. Es besteht daher auch für das katholische Volk absolut kein Anlaß, den erprobten Grundsätzen des Zentrums untreu zu werden und sich zu einer katholisch-konfessionellen Partei zusammen zu schließen. Eine solche aber erstrebt Das katholische Deutschland, wie es in seiner Nr. 7 vom 7. April 1912 ausdrücklich betont, indem es das Zentrum für „eine katholische politische Partei“ erklärt. Daher lehnt das Zentrum, und daher lehnen die Katholiken Deutschlands in ihrer Gesamtheit die katholische Aktion als schädlich und die Einheit der Katholiken Deutschlands gefährdend ab. Damit befinden sie sich auch in Übereinstimmung mit den höchsten kirchlichen Würdenträgern Deutschlands, dem katholischen Episkopate. Hat doch auch Kardinal Ropp laut Schlesiſcher Volkszeitung (Nr. 104 vom 5. März 1912) ausdrücklich erklärt, daß er „überhaupt keine Politik, die sich gegen das Zentrum richtet“, vertrete, und die Schlesiſche Volkszeitung bemerkte dazu noch, sie sei „von berufener Seite“ besonders ermächtigt zu erklären, „daß von der maßgebenden Stelle die Neugründung des Wochenblattes der katholischen Aktion, diese selbst und ihre Propagierung aufs schärfste verurteilt werden“. Die im März dieses Jahres in Berlin stattgehabte Generalversammlung des Augustinusvereins, der auch zahlreiche Zentrumsabgeordnete bewohnten, hat bekanntlich denselben Standpunkt eingenommen.

Damit dürfte diese Angelegenheit für die deutschen Katholiken erledigt sein. Im übrigen darf diesen Dingen keine zu große Wichtigkeit beigelegt werden. Dem Zentrum wird dadurch kein auch nur irgendwie nennenswerter Abbruch geschehen; dagegen dürften sie insofern ihr Gutes haben, als sie ein Gegengewicht zu den hier und da in die Erscheinung tretenden Interkonfessionalisierungsbestrebungen bilden. Auch hier wird, wie immer, schließlich die gesunde Mitte den Sieg behalten.